

## Statement

Seite 1/4

**Tanja Müller-Ziegler,**  
Vorstandsmitglied des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)

**Jahrespressekonferenz**  
**6. März 2024**

**Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR**

**Melanie Schmergal**  
Abteilungsleiterin  
Kommunikation und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Pressesprecherin

**Cornelia Schulz**  
Pressesprecherin

**Steffen Steudel**  
Pressesprecher

Schellingstraße 4  
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

[presse@bvr.de](mailto:presse@bvr.de)  
[www.bvr.de](http://www.bvr.de)  
[twitter.com/BVRPresse](https://twitter.com/BVRPresse)  
[facebook.com/BVRBerlin](https://facebook.com/BVRBerlin)  
[linkedin.com/company/bvrberlin/](https://linkedin.com/company/bvrberlin/)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, Ihnen heute die Details der Geschäftsentwicklung im Jahr 2023 vorzustellen. Frau Kolak hat das wirtschaftlich anspruchsvolle Umfeld bereits beschrieben. Angesichts dessen können wir von einem zufriedenstellenden **Kundengeschäft** sprechen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Genossenschaftsbanken im Kreditgeschäft überall Marktanteile hinzugewonnen haben. Die Kreditbestände insgesamt stiegen um 2,6 Prozent auf 777 Milliarden Euro. Der Marktanteil erhöhte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 18,1 Prozent. Der Bestand an Firmenkrediten wuchs um 3,8 Prozent auf 414 Milliarden Euro. Der Marktanteil legte um 0,5 Prozentpunkte auf 22,4 Prozent zu. Auf der Privatkundenseite wuchsen die Kreditbestände um 1,3 Prozent auf 363 Milliarden Euro. Die Marktanteile erhöhten sich um 0,2 Prozentpunkte auf 24,1 Prozent. Treiber des Kreditwachstums sind weiterhin die langfristigen Forderungen, welche im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent auf 696 Milliarden Euro zulegten. Die Zinserhöhungen infolge der Inflationsbekämpfung durch die Europäische Zentralbank (EZB) bremsten insbesondere das langfristige Immobilienneugeschäft deutlich. Die Bestände an privaten Wohnungsbaukrediten wuchsen im letzten Jahr nur noch um 1,7 Prozent auf 325 Milliarden Euro. Höhere Kreditzinsen und ein sinkender Mittelbedarf für Anlageinvestitionen reduzierten zudem die Kreditnachfrage der Firmenkunden. Auf der **Einlagenseite** eröffnete das gestiegene Zinsniveau unseren Kunden wieder attraktive Anlagemöglichkeiten in klassischen Fest- und Termingeldern oder Sparbriefen. Viele Kunden schichteten ihre während der Coronapandemie gebildeten hohen Sichteinlagenbestände um. Andererseits belasteten die höheren Lebenshaltungskosten infolge der Inflation die Sparfähigkeit der Kunden. Im Ergebnis blieben die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken mit 860 Milliarden Euro nahezu konstant (minus 0,2 Prozent). Dies spiegelt unsere stabile und vertrauensvolle Geschäftsbeziehung mit unseren Kunden wider. Einlagen wurden zugunsten höherverzinslicher Produkte erwartungsgemäß umgeschichtet. Bei Termineinlagen lag das Plus bei 166,3 Prozent oder 93 Milliarden Euro – bei Sparbriefen sogar bei 260,1 Prozent, was einem Plus von 15 Milliarden Euro entspricht. Täglich fällige Einlagen hingegen sanken um 77 Milliarden Euro oder 12,3 Prozent.

Die **Zahl der Mitglieder** beträgt aktuell 17,8 Millionen, nach 17,9 Millionen im Vorjahr. Damit ist der demografiebedingte rückläufige Trend noch nicht gestoppt, aber verlangsamt. Wir arbeiten weiter kontinuierlich daran, unsere Kunden und Neukunden für die Mitgliedschaft zu begeistern. Die Attraktivität der Mitgliedschaft ist auch ein Schwerpunktthema unserer Marketingarbeit im laufenden Jahr.

## Statement

Seite 3/4

Meine Damen und Herren, nach Jahren der Niedrig- und insbesondere der Negativzinsphase sind wir wieder in der betriebswirtschaftlichen Normalität angekommen. Geld hat wieder einen Preis und das sehen wir auch im Zinsergebnis. Der **Zinsüberschuss** stieg im Berichtszeitraum um 15,4 Prozent auf 20,6 Milliarden Euro. Die Zinserträge wuchsen um 41,5 Prozent auf 27,8 Milliarden Euro. Die Zinsaufwendungen vervierfachten sich knapp auf 7,2 Milliarden Euro. Letzteres resultiert vor allem aus Umschichtungen von Kundengeldern in höherverzinsliche Einlagen. Der **Provisionsüberschuss** erreichte unter anderem wegen eines regen Vermittlungsgeschäfts gemeinsam mit den Verbundpartnern 6,5 Milliarden Euro, 4,3 Prozent über dem Vorjahr. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 5,5 Prozent auf 16,6 Milliarden Euro. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand um 5,3 Prozent insbesondere aufgrund der Tariferhöhungen und des Sondereffekts der Inflationsausgleichsprämie bei vielen Genossenschaftsbanken. Im Jahr 2023 konnte zudem ein leichter Anstieg der Beschäftigten um 0,2 Prozent auf 134.800 Mitarbeitende verzeichnet werden. Besonders erfreulich ist der Zuwachs von 200 Auszubildenden. Zusätzlich gewonnene hochqualifizierte Fachkräfte benötigen die Banken für Themen wie Digitalisierung und regulatorische Anforderungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind um 5,9 Prozent gestiegen, was vor allem durch höhere Inflation zu erklären ist.

Das **Ergebnis** der operativen Geschäftstätigkeit (Teilbetriebsergebnis) wuchs um 25,7 Prozent auf 10,5 Milliarden Euro. Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio) verbesserte sich deutlich auf 61,4 Prozent (2022: 65,2 Prozent). Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg um 23,1 Prozent auf 11,6 Milliarden Euro, während sich das Bewertungsergebnis bei minus 698 Millionen Euro bewegte. Die Details wird Ihnen Herr Quinten gleich noch erläutern. Der Jahresüberschuss vor Steuern stieg deutlich um 6,2 Milliarden Euro auf beachtliche 10,7 Milliarden Euro. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken werden voraussichtlich 4,0 Milliarden Euro zugeführt. Nach Steuern bleibt damit ein Jahresüberschuss von 3,5 Milliarden Euro.

Kommen wir zum **Ausblick**: Wir erwarten, dass das laufende Jahr von einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geprägt sein wird. Hinzu kommen voraussichtlich weitere Kostensteigerungen bei Personal- und Sachkosten. Nichtsdestotrotz verfügen die Genossenschaftsbanken über einen soliden Einlagenüberhang und eine insgesamt solide Kapitalbasis, um notwendige Investitionen in Infrastrukturen und Nachhaltigkeit zu finanzieren und möglichen Risiken zu begegnen.

## Statement

Seite 4/4

Meine Damen und Herren, gern möchte ich noch mit Ihnen über den **digitalen Euro** sprechen. Ein Thema, das für die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Währungssystems von großer Bedeutung ist. Und um es ganz deutlich zu sagen: Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel von EZB und Europäischer Kommission, das Geldsystem weiterzuentwickeln. Das heutige Bargeld muss an die Anforderungen einer digitalen Welt angepasst werden. Anonymes Zahlen muss auch in der digitalen Welt möglich werden. Sprechen wir heute darüber, wie ein digitaler Euro ausgestaltet sein muss, damit er auf der einen Seite sein Potenzial ausspielen kann und sich auf der anderen Seite harmonisch in das bestehende Geldwesen einfügt. Unserer festen Überzeugung nach sollte ein digitaler Euro als digitale Form von Bargeld geschaffen werden. Wir Banken stehen bereit, den digitalen Euro auszugeben und können ihm mit der European Payments Initiative (EPI) eine Heimat bieten. Der EPI-Prototyp kommt mit dem Namen Wero dieses Jahr auf den Markt. Wero nutzt und stärkt zudem etablierte europäische Standards wie SEPA Instant Payment, nutzt Datenserver in Europa, ist also Made in Europe: Mehr Souveränität geht nicht.

Gestatten Sie mir noch einen Blick auf den legislativen Prozess. Wo stehen wir aktuell? Am 12. Februar hat der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Stefan Berger, den Entwurf seines Berichtes vorgelegt. Auch wenn die Positionierung des Europäischen Parlamentes damit noch nicht abgeschlossen ist, können wir doch konstatieren, dass viele unserer Forderungen aufgegriffen wurden – insbesondere was das Mandat der EZB betrifft. Der Bericht berücksichtigt die bewährte Rollenverteilung zwischen EZB und privaten Akteuren, also uns Banken, und wäre damit eine wichtige Korrektur zum Kommissionsentwurf. Die EZB hingegen versucht nach unserem Eindruck weiterhin Pflöcke hinsichtlich einer möglichen Ausgestaltung eines digitalen Euro einzuschlagen, auch wenn die rechtliche Grundlage dafür noch gar nicht zu Ende verhandelt ist. In den Planungen der EZB wird der digitale Euro als staatlich finanziertes Bezahlsystem mit einer doppelten Infrastruktur aufgesetzt. Allein für die erste Ausschreibung der EZB spricht diese von Kosten bis 1,16 Milliarden Euro. Bis zur möglichen Einführung wird hier ein zweistelliger Milliardenbetrag erwartet, um eine Infrastruktur zu schaffen, die eine bereits bestehende, privatwirtschaftliche Infrastruktur kopiert und derer es nicht bedarf. Wir reden hier also nicht von einem Schnellzugnetz neben der Autobahn, sondern von einer Autobahn neben der Autobahn, wenn Sie mir dieses Bild erlauben. Am Ende zahlen dies die Steuerzahler. Man muss kein Prophet sein, um bereits jetzt zu erkennen, dass diese Doppelstrukturen weitere unnötige Kosten bei den Banken und auch den Unternehmen verursachen werden. Wir wünschen uns einen Nutzen für Europa, der größer ist als die Risiken und die Kosten für unsere Volkswirtschaft.